Die Frucht des ‚kleineren Uebels'

Die faschistische Abrißfirma der Schleicher-Papen-Regierung setzt ihre Politik schrankenlosester Massenausplünderung und rücksichtslosester Diktatur gegen das werktätige Volk mit einer scheinbar „demokratischen" Handlung ein. Am Anfang ihrer Tat steht die Reichstagsauflösung, die Befragung des „souveränen Volkes", bei dem damit der Eindruck erweckt werden soll, als geschehe alles nach dem Willen der Millionen, die in ihrer erdrückenden Mehrheit Ausgebeutete und Geknechtete des kapitalistischen Systems sind.

In Wahrheit handelt es sich um die entscheidende Maßnahme der Bourgeoisie, die parlamentarische Kulisse aus dem Bühnenbild ihres Staates fortzuräumen und mit offener faschistischer Diktatur gegen die Millionenmassen der werktätigen Bevölkerung Deutschlands zu regieren. Die Regierung Papen-Schleicher ist das Produkt der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaftskrise, die von den Finanz-, Industrie- und Agrarkapitalisten gebieterisch verlangt, ihre Macht mit Rücksichtslosigkeit zu gebrauchen. Die auf die Führerschaft der SPD angewiesene Brüningregierung war der Entwicklung und Vertiefung dieser Krise nicht mehr gewachsen. Der Kapitalismus muß ganze Arbeit machen, das Tempo auf einen „Kriesenausweg" beschleunigen und kann deshalb mit dem schrittweisen Lohnabbau, mit der schrittweisen Einführung unumschränkter sozialer und politischer Reaktion nicht schnell genug zum Ziele kommen. Also mußte das von der SPD als „kleineres Uebel" tolerierte Brüninglabinett abtreten und der faschistischen „Konzentrationsregierung" Papen-Schleicher Platz machen.

Und diese neue Regierung, die sich auf die politisch reaktionärsten Kreise des deutschen Finanz- und Industriekapitals und ihre nationalsozialistischen Prätorianergarden vom Hakenkreuz stützt, wird unter Uebernahme wesentlichster Teile Brüningscher Notverordnungspolitik die faschistische Kapitalsdiktatur auf kaltem Wege verwirklichen.

Schon haben ihre Hintermänner mit aller Deutlichkeit erklärt, daß man Mittel und Wege finden wird, um unabhängig von jedweder Parlamentsmehrheit einen zweiten Regierungswechsel unmöglich zu machen. Schon sind mit Hitler bindende Vereinbarungen abgeschlossen worden, aus denen hervorgeht, daß sich die Papen und Schleicher als Platzhalter eines faschistischen Direktoriums betrachten. Und schon tauchen hartnäckige Gerüchte auf, daß Hindenburg im Herbst von seinem Posten zurücktreten wolle, um seinem kaiserlichen Herrn, dem Kronprinzen, Platz zu machen, der von den Faschisten als Reichsverweser nach ungarischem Muster in Aussicht genommen ist.

Die Triebkräfte dieser Entwicklung liegen in dem lawinenhaften Anwachsen der Schwierigkeiten des deutschen Kapitalismus. Die bevorstehende Lausanner Konferenz wird, das steht schon heute fest, keine Erleichterung für die deutsche Bourgeoisie bringen, den jetzt bestehenden Zustand der Reparationsschlungen bestätigen und bestenfalls das Hoovermoratorium in irgendeiner Form verlängern. Aber das ist keine Rettung für die deutsche Bourgeoisie.

Die Liquidierung der sozialen Einrichtungen des Staates, die Brechung des Widerstandes der Arbeiterklasse sind deshalb die brennenden Probleme der Innenpolitik der deutschen Bourgeoisie. Die Brüningregierung hat sie nicht in dem erforderlichen Tempo durchführen können und deshalb wurde damit eine andere Regierung beauftragt, die gestützt auf die in aller Form wieder legalisierten Raubbanden Hitlers den Hungerfeldzug in der gewünschten Eile vollendet.

Und mit allem Nachdruck muß angesichts dieser überaus ernsten Situation die Arbeiterschaft darauf aufmerksam gemacht werden, daß diese Entwicklung nur durch die Tolerierungspolitik der SPD ermöglicht wurde. Das, was wir heute in Deutschland sehen, das ist die Frucht des „kleineren Uebels" sozialdemokratischer Führer, die während des Präsidentschaftswahlkampfes Hindenburg mit aller Demagogie als den Schutzwall gegen den Faschismus gepriesen haben.

Die sozialdemokratischen Arbeiter haben uns nicht geglaubt, als wir ihnen sagten, daß jede Stimme für Hindenburg eine Stimme für den Hitlerfaschismus ist. Sie haben uns nicht geglaubt, als wir darauf hinwiesen, daß Hindenburg nach seiner Wiederwahl den Hitlerfaschisten den Weg zur Regierungsmacht ebnen werde. Sie haben damals die unverschämt freche Lügenparole ihrer Führer nachgeheult, daß alle die Thälmannstimmen dem Faschismus zugute kämen. Heute müssen die sozialdemokratischen Arbeiter einsehen, daß die Kommunisten auch in den März- und Apriltagen recht hatten, denn heute verwirklicht Hindenburg, was er damals in seinem „Aufruf an das deutsche Volk" gesagt hat, der in der SPD-Presse kommentarlos abgedruckt wurde.

In diesem Aufruf sprach Hindenburg von der „Heranziehung aller nationalen Kreise zum Wohle des Vaterlandes", die SPD rief: „Wählt diesen Hort gegen den Faschismus" und heute hat Hindenburg über Papen-Schleicher die Aufhebung des SA-Verbots und die weitgehende Berücksichtigung der Naziwünsche vereinbart. Und sein neuer Reichskanzler von Papen beruft sich auf die damaligen Präsidentenworte, deren Konsequenz die faschistische Konzentrationsregierung ist, die auf Krücken des verbrecherischen „kleineren Uebels" zur Macht gelangte.

Die SPD aber möchte das alles vergessen machen. Sie mimt jetzt radikale Scheinopposition, behauptet, daß ihr durch den Sturz der Brüningregierung die „volle Handlungsfreiheit wiedergegeben sei und erließ jenen Aufruf der Ohnmacht und des Arbeiterverrats, mit dem wir uns bereits gestern beschäftigten.

In diesem Aufruf spricht sie nach langer Zeit wieder von einem sagenhaften „Kampf für den Sozialismus" und meint damit nichts mehr und nichts weniger, als neue Reichstagsmandate. Auf diesen Parlamentskampf hat sie bereits den ganzen Regierungswechsel abgestellt und ist mit der ganzen Demagogie, die dieser Führerkaste notorischen Arbeiterverrats eigen ist, wieder dabei, die Massen der Arbeiterschaft mit neuen Illusionen einzulangen. Nach wie vor ist die sozialdemokratische Führerschaft, auf deren parlamentarische Unterstützung die Bourgeoisie jetzt verzichtet, die soziale Hauptstütze des Kapitalismus und tut deshalb ihre Politik mit aller Konsequenz fort, die Arbeiterschaft von den Kämpfen abzulenken und abzuhalten, die jetzt dringender denn je die Situation erfordert.

Diese Kämpfe gehen nicht um die Reichstagswahl, in deren Verlauf die Papen-Schleicher-Regierung bereits ihr faschistisches Programm durchführen wird. Diese Kämpfe gehen um das Zurückwerfen aller faschistischen Kräfte der deutschen Bourgeoisie außerhalb der Parlamente. Diese Kämpfe müssen in den Betrieben ausgetragen werden, um dem Lohnraub die Stirn zu bieten, auf den Stempelstellen, um der restlosen Beseitigung der Unterstützung mit der ganzen Kraft der proletarischen Klasse entgegenzutreten. Dieser Kampf geht gegen den Frontangriff der faschistischen Reaktion auf die kümmerliche Lebenshaltung der Millionen Werktätigen.

Dieser Kampf geht um die Formierung der großen roten Einheitsfront zur Durchführung der Antifaschistischen Aktion des deutschen Proletariats, die in den Massenschutzstaffeln der Arbeiter, in den Einheitskomitees zur Vorbereitung des politischen Massenstreiks ihre Organisationsformen haben. Und in dieser Front gegen die Papen-Schleicher-Regierung als das Werkzeug der deutschen Bourgeoisie werden die sozialdemokratischen, parteilosen, christlichen und Reichsbannerarbeiter mit ihren kommunistischen Klassengenossen stehen, kämpfen und siegen, wenn wir ihnen in unermüdlicher Aufklärungsarbeit demonstrieren, wohin das Verbrechen des „kleineren Uebels" die deutsche Arbeiterklasse gebracht hat. Und nur in der Front der Entfaltung der Antifaschistischen Aktion werden die deutschen Arbeiter die Papen-Schleicher-Regierung und mit ihr den Kapitalismus überwinden.

Die Nazis im Preußischen Landtag als Youngknechte entlarvt!

Sozialdemokraten stimmen gegen die Aufhebung des RFB-Verbots

Berlin, 4. Juni (Eig. Bericht)

In der gestrigen Sitzung des Preußenlandtages wurde nach Beendigung der politischen Aussprache, in der die Genossen Kasper und Koenen die Demagogie der Nazis noch einmal gründlich entlarvten, über die vorliegenden Anträge abgestimmt. Diese Abstimmung zeigte die Nazis wieder einmal unverhüllt als getreue Knechte des Younglapitals.

Zuerst wurde der Antrag der Deutschnationalen, die alte Geschäftsordnung wiederherzustellen, mit 212 Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und des Zentrums gegen 208 Stimmen der Deutschnationalen und Nazis abgelehnt.

Der kommunistische Mißtrauensantrag gegen die Braun-Severing-Regierung wurde mit 232 Stimmen angenommen. SPD, Zentrum und Staatspartei enthielten sich der Stimme.

Dagegen war die Einheitsfront aller Arbeiterfeinde hergestellt bei dem kommunistischen Antrag, das Verbot des RFB aufzuheben. Gegen diesen Antrag stimmten alle Parteien von SPD bis Nazis. Die kommunistische Fraktion beantwortete dieses Schandstück mit einem dreimaligen „Rot Front".

Nunmehr sollte der kommunistische Antrag auf Einstellung der Youngzahlungen sowie aller privaten Zinszahlungen abgestimmt werden. Zentrum und Nazis drückten sich unter fadenscheinigen Ausreden vor der Abstimmung und verließen den Sitzungssaal. Dadurch wurde der Landtag beschlußunfähig und die Sitzung flog auf.

Für die Einstellung der Young- und Tributzahlungen stimmten also nur die Kommunisten.

Nach dem Aufstehen der Sitzung beantragte die kommunistische Fraktion sofortige Einberufung einer neuen Sitzung. Die Koalitionspartner von gestern, Nazis und Zentrum, lehnten dies gemeinsam ab. Sie taten dies, um die Abstimmung über die vorliegenden wichtigen Anträge der Kommunisten zu verhindern. Vor allem der Antrag, daß der Landtag der Papenregierung das schärfste Mißtrauen ausspricht, sollte nicht zur Abstimmung kommen. Nazis und Zentrum hatten es wohlweislich unterlassen, zu diesem Antrag überhaupt Stellung zu nehmen.

Unter den anderen Anträgen, über die jetzt nicht abgestimmt werden konnte, befindet sich der Antrag auf Einziehung aller Zahlungen an die Hohenzollern und Enteignung der Fürsten, der Antrag auf Ausweisung der russischen Faschisten und der Antrag, daß die Delegation der Reichsregierung in Genf für die Abrüstungsvorschläge der Sowjetdelegation stimmen solle.

Der Landtag wird voraussichtlich vor dem 21. Juni wieder zusammentreten.

Erwerbslose erzwingen Auszahlung von Sonderunterstützung

Geschlossene Einheitsfront in Kötzschenbroda wehrt unter Führung der KPD Unterstützungsabbau ab. Bürgerliche und SPD als Feinde der Arbeitslosen

In Kötzschenbroda marschiert die Einheitsfront der Erwerbslosen. Eine aus parteilosen, KPD- und Nazistadträten bestehende Delegation überbrachte dem Stadtrat am Donnerstag folgende Erwerbslosenforderungen:

1. Sofortige Auszahlung der alten Unterstützungssätze
2. Abgabe von Strom, Gas und Wasser zum Selbstkostenpreis.
3. Erlaß aller rückständigen Beträge für Strom, Gas u. Wasser
4. Herabsetzung aller Gehälter auf 1000 Mark.
5. Zahlung der alten Unterstützungssätze.

Die von den Herren Bürgermeistern angesagte Hilfe in Höhe von 1000 Mark für Kleinstindustriebetriebe und weiteren 1000 Mark für dringende Fälle ist ungenügend und müssen Wege gefunden werden, um weitere Mittel zur Verfügung zu stellen.

Es wird gefordert, daß eine Zwecksteuer der Gemeinde, auf Einkommen über 4000 Mark erhoben wird, um neue Mittel für die Erwerbslosen zu schaffen.

Die vor das Rathaus gezogenen Erwerbslosen führten Sprechchöre und forderten Arbeit und Brot. Die Kommunistische Stadtverordnetenfraktion forderte Zulassung der Erwerbslosendelegation zur Stadtverordnetensitzung. Dem wurde unter Druck stattgegeben.

Als die Bürgerlichen und Sozialdemokraten den Erwerbslosenanträgen, die Unterstützung verlangten, verließen die anwesenden Vertreter der Erwerbslosen und die Zuhörer demonstrativ unter Ablingen der Internationale, die von den KPD-Stadtverordneten und der vor dem Rathaus harrenden Menge mitgesungen wurde, den Sitzungssaal.

Als Antwort auf die von den Erwerbslosen gefordert Zurückziehung der Polizei erschienen zum Schutze der feigen „Volksvertreter" zwei Ueberfallkommandos aus Dresden.

Am gestrigen Freitag waren seit dem frühen Morgen Hunderte von Erwerbslosen vor dem Rathaus erschienen. Trotz Androhung mit dem Einsatz auswärtiger Polizeikräfte, konnten sie die Erwerbslosen nicht einmal einschüchtern. Der Rat war schließlich unter dem Druck der Massen und dem entschlossenen Kampfwillen, nach und bewilligte eine sofort auszahlbare Sonderunterstützung. Dieselbe wurde dann auch sofort ausgezahlt.

Die Einheitsfront der Erwerbslosen hat einen Sieg errungen. Durch geschlossene Aktion und außerparlamentarische Massenmobilisation, wurde unter Führung der KPD-Fraktion die Stadtverwaltung zum Nachgeben gezwungen.

Erwerbslose, folgt dem Beispiel unserer Kötzschenbrodaer Klassengenossen, paßt auch nicht vertrauen, sondern nehmt selbst den Kampf auf gegen jeden Unterstützungsabbau!

Antifaschistischer Aufmarsch in Dresden

Nazis versuchen zu provozieren. Verhaftung eines Arbeiters durch die Polizei. Mit Revolver gegen Landtagsabgeordneten Mehlhorn

Der Kampfbund hatte für gestern zu einem Aufmarsch gegen den Faschismus und die drohende Kriegsgefahr aufgerufen. Derselbe wurde zu einer wuchtigen Kampfansage.

Vom Wilhelmplatz bewegte sich die Demonstration — überall von Arbeitern freudig begrüßt — durch den roten Hecht, die innere Neustadt über die Marienbrücke nach der Weißeritzstraße. Ein Versuch der Nazis, zu provozieren, scheiterte an der Disziplin der Arbeiter.

Die Polizei war außerordentlich nervös. Auf der Friedensstraße verhaftete sie ohne Grund einen Arbeiter und versuchte, die Fahne zu beschlagnahmen. Als der Gen. Mehlhorn, MdL, gegen diese Maßnahme protestierte, setzte ihm der Polizeibeamte den Revolver auf die Brust. Es hatte den Eindruck, als ob es auf Auflösung der Demonstration abgesehen war, denn im selben Moment wurde von einem Ueberfallkommando die Friedensstraße abgeriegelt. Der Versuch mißlang. An der straffen Disziplin scheiterten alle Provokationsversuche.

Von der Polizei waren sämtliche Transparente gegen den Krieg und Faschismus, wie auch Ansprüchen auf dem Stell- und Auflösungsplatz verboten. So steht der Faschismus praktisch unter staatlichem Schutz!

Die von prächtigem Kampfgeist getragene Demonstration löste sich ohne weitere Zwischenfälle auf der Weißeritzstraße auf.

Massenkundgebung im Keglerheim

Kurz darauf zitierte im vollbesetzten Keglerheim der revolutionäre Schriftsteller Erich Weinert, Berlin, aus seinen eigenen Dichtungen. Interessiert und aufgeregt folgte man seiner Rezitation die stärksten Beifall auslöste. Genosse Siegel, MdL, hielt ein eindrucksvolles Referat. Seine Ausführungen, in denen er vor allem die drohende Kriegsgefahr und die Notwendigkeit der Bildung der roten Einheitsfront zur Verhinderung der Intervention gegen Sowjetrußland und zum Kampf gegen den Faschismus behandelte, fanden in der Versammlung starken Widerhall.

Nachdem Genosse Weinert nochmals in eigenen Werken an den revolutionären Elan der Dresdner Werktätigen appelliert, wurde die Versammlung, die ein voller Erfolg war, geschlossen.

SPD-Führer sollten mit in das Kabinett der „nationalen" Konzentration

Berlin, 4. Juni

Der Zentrumsvorsitzende Kaas hat an den Reichskanzler von Papen in einem offenen Brief geantwortet. Warum das Zentrum die Papenregierung nicht unterstützen kann, begründet unterstreicht jedoch Kaas zustimmend die von Papen in den öffentlichen „Grundsätze des Christentums" und „Vaterländische Aktion". Aus dem Brief des Zentrumsführers ergibt sich, daß Papen ursprünglich seinen Programmplan gemeinsam mit der SPD durchführen wollte. Es heißt wörtlich:

„Sie selbst — verehrter Herr Reichskanzler — haben mir seinerzeit ausdrücklich erklärt, daß zu einer nationalen Konzentration auch prominente Männer der Linken — selbst der sozialdemokratischen Linken — gehören sollten."

Die Bourgeoisie weiß, daß sie sich auf ihre SPD-Führer verlassen kann. Die von SPD-Heilmann im Preußischen Landtag angekündigte „nationale Opposition" der SPD ist eine **praktische Hilfeleistung für die Regierung der Millionäre und Junker.** Wenn Kapp mit Severing regieren wollte, warum sollte Papen nicht dasselbe versuchen?

Für jeden ehrlichen SPD-Arbeiter kann es aus dieser Tatsache nur **eine Folgerung** geben: Schluß zu machen mit der Politik ihrer Führer, die dem Faschismus den Weg bereitet hat und sich einzureihen in die Antifaschistische Aktion der gesamten Arbeiterschaft. Nur auf diesem Wege kann der Faschismus in Deutschland geschlagen werden.

Wettervoraussage

Vorübergehend auffrischende Winde aus West bis Nord, Stärke Bewölkung. Oertlich Nebel, Gewitterneigung. Zeitweise Auftreten von meist leichten Niederschlägen.